



Nachhaltigkeitsziel 1: Keine Armut

Armut ist ein weltweites Problem, hier vor unserer Haustür und, in einem viel bedrückenderen Ausmaß, in den Ländern des Globalen Südens. Sie langfristig zu vermindern, ist ein zentrales Ziel der Politik, denn Menschen, die in großer Armut leben, sind in nahezu allen Lebensbereichen beeinträchtigt. Arme Menschen haben ein erhöhtes Risiko, krank zu werden und sie haben eine kürzere Lebenserwartung als wohlhabende. Sie haben schlechtere Bildungschancen und es mangelt ihnen an Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe und zum sozialen Aufstieg aus eigener Kraft. Es ist nur konsequent, dass die Armutsbekämpfung deshalb ausdrücklich an erster Stelle der Agenda 2030 und der Ziele für Nachhaltige Entwicklung steht. Denn jeder Mensch muss Zugang zu den immateriellen und materiellen Grundlagen eines menschenwürdigen Lebens haben.

Die zentrale Aufgabe zum Abbau von Armut in Entwicklungsländern ist daher, Beschäftigungsperspektiven zu schaffen. Dazu braucht es leistungsfähige Wirtschaftsstrukturen, durch die Menschen Arbeit finden und so die Chance bekommen, sich selbst aus der Armut zu befreien. In der Entwicklungspolitik zeigt sich immer wieder: In einer Welt, die wirtschaftlich wie politisch immer stärker verflochten und international aufeinander bezogen ist, schadet große Armut nicht nur den extrem betroffenen Ländern, sondern hat gravierende Folgen für alle Weltregionen.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen verfolgt mit der entwicklungspolitischen Arbeit in und mit ihren Partnerländern das übergeordnete Ziel, Armut in all ihren Formen zu bekämpfen. Im Partnerland Ghana fördert die Landesregierung seit vier Jahren konsequent die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Alle Maßnahmen zielen darauf ab, Ghana ökonomisch zu stärken und die Weichen für eine zukunftsfähige Beschäftigung zu stellen. Das geschieht zum Beispiel über einen Start-up-Austausch zwischen jungen Unternehmensgründern im Ruhrgebiet und in Ghana oder durch Qualifizierungsangebote für Schrottsammlerinnen auf der Elektroschrotthalde Agbogbloshie. Auch die Stärkung ghanaischer Firmen mit Exportpotenzial, etwa durch Unterstützung bei Messeauftritten und Marketing, ist ein Baustein dieser Strategie.

Das nordrhein-westfälische Engagement im Bereich der beruflichen Bildung setzt einen Schwerpunkt auf die Qualifizierung von jungen Menschen in Zukunftsbranchen, wie zum Beispiel der Solartechnik. Eine Kooperation zwischen Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen und Technischen Universitäten in Ghana soll das Hochschulmanagement verbessern und die Praxisorientierung der ghanaischen Hochschulen stärken. Eine am Bedarf der Unternehmen orientierte Ausbildung verbessert die Chancen der Hochschulabsolventen, im eigenen Land einen Arbeitsplatz zu finden und vermindert den Migrationsdruck.

Auch im Rahmen von zivilgesellschaftlichen Vorhaben, die die nordrhein-westfälische Landesregierung – nicht nur in Ghana, sondern auch in anderen afrikanischen Ländern – fördert, steht die Existenzsicherung häufig im Vordergrund: Beispiele sind ein Vorhaben, bei dem benachteiligte Frauen eine Basisqualifikation erlangen können oder Business-Trainings für Jungunternehmer in den Sektoren Landwirtschaft, IT und regenerative Energien.



Ein Pilotvorhaben, das die nordrhein-westfälischen Landesregierung zur Qualifizierung und Gewinnung von Fachkräften im Elektroniksektor in Ägypten und Jordanien verfolgt, beinhaltet neben der Ausbildung von Technikern für den deutschen Arbeitsmarkt auch eine Rückkehrkomponente. Die Absolventen geben damit ihr in Deutschland erworbenes Wissen im Heimatland weiter, um die Wirtschaft Aufstiegschancen auf dem heimischen Arbeitsmarkt vor Ort zu stärken. Gleichzeitig eröffnet die Qualifizierung ihnen einen Einstieg und gute Aufstiegschancen auf dem heimischen Arbeitsmarkt.

Der Anspruch der Agenda 2030 ist hoch – und der Kampf gegen die Armut hat nichts an Dringlichkeit verloren. Nordrhein-Westfalen ist sich seiner Verantwortung bewusst und setzt sich mit seinen Gestaltungsmöglichkeiten dafür ein, unsere Partnerländer ökonomisch zu stärken und ihnen so Wege aus der Armut zu eröffnen. Berufliche Qualifizierung für möglichst viele Menschen und der Ausbau der eigenen Kompetenzen können zu Garanten für Chancengleichheit, wirtschaftliche Unabhängigkeit und das Ende eines Lebens in Armut werden.

[Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, Juli 2021](#)